

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
 Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40
 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
 Arbeitsvermittlungs- und
 Zahlstellen-Anzeigen die
 3 spaltigen Kolonnen-Beile
 50 Pf.
 Geschäftsanzeigen werden
 nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: P. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Wo wird konfisziert?

„Vermögenskonfiskation!“ — „Bedrohung der Volkswirtschaft!“ — „Untergrabung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt!“ Das sind die Schlagworte, mit denen die kapitalistischen Kreise gegen jede steuerliche Belastung des Besitzes aufbegehren. So auch aus Anlaß der jüngsten Steuervorlagen. Obwohl von den angeforderten Steuererträgen zwei Drittel auf indirekte Abgaben entfallen und nur ein Drittel auf eine Besitzsteuer, wurde gegen diese von den bürgerlichen Vertretern im Reichstag und von kapitalistischen Interessensvertretern in der Presse ein heftiger Feldzug unternommen. Die Lasten des Krieges sollen restlos dem wertaktiven Volke aufgebürdet werden; die Kapitalisten wollen sich von dem Raub der Kriegsgewinne nichts nehmen lassen. Als Schutzhengkel des Geldsacks leistete sich der Fabrikant Wildgrube, konservatives M. d. R., im Hauptausschuß des Reichstags eine besonders charakteristische Begründung. Er bemerkte: Es sei nicht möglich, der Reichskasse bedeutende Beiträge aus einer Besteuerung des Kapitals zuzuführen, denn das Kapital sei das hauptsächlichste Produktionsmittel und wichtiger als die Arbeitskraft, die Arbeiter könnten ja ohne Kapital nicht beschäftigt werden.

Manchen Leuten wird der Herr Fabrikbesitzer mit solchen Auslassungen aus der Seele gesprochen haben; nach ihrer Ansicht hat er verblüffende und einfach klare Wahrheiten ausgesprochen. So werden die Kapitalisten selbst denken. Es dürfte jedoch auch noch Arbeiter geben, die sich durch derartige Weisheiten verblüffen lassen, weil sie die wirtschaftlichen Zusammenhänge und das Wesen des Kapitals noch nicht erkannt haben. Es ist technisch betrachtet richtig: wenn die Unternehmer ihre Betriebe schließen, dann findet der Arbeiter keine Beschäftigung, keinen Erwerb. Aber diese Tatsache ist weder ein Beweis für eine Wohlthat noch für eine Notwendigkeit des Kapitals, sie stellt vielmehr eine vernichtende Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Zustände dar. Die kapitalistische Wirtschaft ist zwar eine geschichtlich gewordene, aus der Entwicklung hervorgegangene, aber immerhin eine gesellschaftliche Einrichtung, die ebensowenig unabänderlich ist, wie das die vorausgegangenen Gesellschaftsordnungen waren. Genau so gut, mit dem gleichen Recht, wie der Kapitalist Wildgrube die Notwendigkeit des Kapitals betont, konnte früher jeder Sklavenhalter erklären: Die Sklaverei ist notwendig, sie darf nicht abgeschafft werden, denn ohne Sklaverei können die Menschen nicht ernährt, verkauft und beschäftigt werden. — Die Sklaverei wurde doch abgeschafft. Die Menschen werden zwar nicht mehr verkauft, aber sie werden weiter beschäftigt und sie können sich weiter ernähren. Die Produktivität der Arbeit ist nicht gesunken, sondern gestiegen.

Allerdings, am Wesen der Dinge hat sich noch nichts Grundlegendes geändert. An die Stelle der persönlichen Sklaverei ist die Hörigkeit der Arbeiterschaft getreten. Der Kapitalist erhebt den Sklavenhalter. Genau so wie früher werden Menschen durch Menschen ausgebeutet. Und ebensowenig wie die Sklaverei an sich produktiv war, hat das Kapital solche Fähigkeit. Die Sklaverei und die kapitalistische Wirtschaft sind gesellschaftliche Einrichtungen zur Ausnutzung der Arbeitskraft; es sind beides kein Produktionsmittel, sondern lediglich Ausbeutungsmittel, die sich die Herrschaft über die von den Produzenten hervorgebrachten Güter angeeignet haben.

Nur die Arbeit ist produktiv. Aus unbezahlt oder konfiszierter Arbeitskraft ist Kapital entstanden. Das Kapital macht sich zum Besitzer der Produktionsmittel; Grund und Boden, Naturschätze, Erzeugungsmittel, Verkehrseinrichtungen. Als Besitzer der Produktionsmittel eignet es sich die von angewandeter Arbeitskraft hervorgebrachten Güter an. Die Arbeitskraft wird entlohnt; aber der Lohn entspricht nicht dem vollen Arbeitsertrag. Von diesem behält der Kapitalist einen Teil für sich. Dieser Teil ist kapitalistischer Profit. Der Unternehmer erlangt den Profit, indem er die Waren zu so hohen Preisen verkauft, daß ihm nach Abzug seiner Auslagen noch ein Ueberschuß verbleibt. Ueberschuß vermindert sich auch wieder in Kapital, das dann ebenfalls einen Teil der Arbeitserträge beansprucht. So wächst das Kapital aus der Konfiskation der Arbeitskraft. Je größer das Kapital wird, um so größere Teile vom Ertrag der Arbeit nimmt es für sich in Anspruch, es wächst dadurch schneller und konfisziert in steigendem Maße Arbeitskraft für seine Vergrößerung. Die Vergrößerung des Kapitals erfolgt auf Kosten der Arbeiter. Ihr eigener Anteil an ihrem eigenen Arbeitsertrag wird kleiner in dem Maße, wie das Kapital seinen Anteil vergrößert. Die Verzögerung des Anteils der Arbeiter vom Ertrag ihrer Tätigkeit zwingt sie, auf eine sonst mögliche Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu verzichten oder gar mit einer Verschlechterung sich abzufinden.

Daß Gewinnsteigerung und Kapitalbildung mit einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter Hand in Hand gehen, diese durch jene bedingt ist, das zeigen in sinnvoller Deutlichkeit die infolge des Krieges herausgetriebenen Verhältnisse.

Die Mittelmächte sind vom Weltmarkt abgegeschnitten, die Einfuhr von Waren ist gering, Millionen von Arbeitskräften werden der produktiven Arbeit durch den Kriegsdienst ferngehalten, dazu drängt der Staat auf Herstellung großer Massen von Kriegsgüter, wegen Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften kann die Nachfrage am Markt für Lebensmittel und Gebrauchsgüter nicht befriedigt werden. Diesen Umständen haben die Besitzer landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse zu fortgesetzten Preissteigerungen ausgenutzt. Zwar sind auch die Löhne vieler — nicht aller — Arbeiter

gestiegen. Die Lohnsteigerungen hielten jedoch mit den Preissteigerungen nicht gleichen Schritt. Die Kaufkraft des Lohnes ist gesunken. Obwohl die Ansprüche an die Arbeitskraft meistens größer geworden sind, muß der Arbeiter seine Lebenshaltung erheblich einschränken. Auf der andern Seite beachten wir eine riesenhafte Steigerung der kapitalistischen Gewinne und ein gewaltiges Wachstum des Kapitals. Die Gewinnsteigerungen und Kapitalvergrößerungen finden ihren Ausdruck in der Erhöhung des Zinsfußes für Leihgeld, in größeren Ueberschüssen der gewerblichen Unternehmen, in dem Anwachsen der Geldströme auf das Land und in die Schranken der Kaufleute und schließlich in dem beängstigenden Anschwellen der öffentlichen Schuldenlasten. Die Unternehmen wären und sind nicht nur in der Lage, erhöhte Dividenden auszuschütten, aus nicht ausgezahltem Gewinne das Betriebskapital zu vergrößern, sie haben außerdem auch noch erhebliche Beträge als Reserven aller Art zurückgestellt. Allein aus den sog. Steuerreserven könnte die geforderte Erhöhung der Kriegsteuer gezahlt werden, ohne dadurch in diese Reserve ein merkbares Loch zu reißen.

Die Gewinnsteigerungen bedeuten eine verstärkte Aneignung vom Arbeitsertrage zugunsten des Kapitals. Es ist mehr Arbeitskraft für Gewinnmacherei und neue Kapitalbildung konfisziert worden. Die gleiche Wirkung haben die Kriegsschulden. Durch sie wird in ganz erheblichem Maße schon jetzt die Arbeit der Zukunft belastet. Mit diesen Schulden konfisziert das Kapital schon jetzt einen Teil der Arbeitserträge der kommenden Geschlechter.

Der Staat muß Zinsen zahlen und die Schuld abtragen. Die Mittel dazu zieht er durch Steuern ein. Er kann mit Steuern den Besitz, das Einkommen und vor allem den Kriegsgewinn angreifen. Das ist die Steuer, die wir verlangen. Mit der Einkommensteuer wird schon unmittelbar die Arbeit belastet, um so härter, je tiefer sie nach unten greift. Um den Betrag, den die Einkommensteuer den Lohn des Arbeiters verkürzt, schwächt sie seine Kaufkraft. In stärkerer und einschneidenderer Weise bewirken das jedoch die indirekten Steuern. Durch sie werden Lebensmittel, Gebrauchsgüter, überhaupt alle Bedürfnisbefriedigungen verteuert. Diese Verteuerung zwingt die Arbeiter zu Einschränkungen. Da sie für die eigentliche Lebenshaltung: Ernährung, Bekleidung, Verbrauch von Haushaltungsgeräten einen verhältnismäßig viel größeren Teil von ihrem Einkommen aufwenden müssen, werden sie durch die Verteuerung als Folge indirekter Steuern auch ungleich stärker belastet als die Volksschichten mit großem Einkommen.

Die indirekte Steuer ist daher in ihrer Wirkung ebenfalls eine Konfiskation der Arbeitskraft, durch welche der Besitz gespart wird. Gegen solche Konfiskation muß sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen. Wirtschaftlich besitzt sie dazu das Mittel der gewerkschaftlichen Organisation, mit der sie auf eine Steigerung ihres Lohnes hinarbeiten muß, um durch solche Steigerung die Steuerbelastung wieder auszugleichen. Je stärker und geschlossener die Organisation diese ihre eigentliche Aufgabe aufnehmen kann, um so größer naturgemäß ihre Erfolge. Aus dieser Tatsache ergeben sich für jeden denkenden Arbeiter von selbst die erforderlichen Aufgabenstellungen.

Die Kalinovelle.

Dem Reichstag legt wieder ein Gesetz für die Kaliindustrie vor. Sein Zweck ist einfach: die im Vorjahre gesetzlich geordnete Preissteigerung soll auf die Dauer eines Jahres aufs neue verlängert werden. Ein anderes Ziel kennt die Novelle zunächst nicht. Ihr Rahmen wird indes weiter gezogen werden. Zunächst ist es die Kaliindustrie selbst, die die Preisregulierung anders, als das Gesetz es beabsichtigt, gehandhabt, wissen will; eine Verlängerung der geltenden Preise genügt ihr nicht, sie will Verlängerung, aber auch gleichzeitige Erhöhung. Bereits am 14. März richtete das Kalisyndikat eine Eingabe an den Reichstag, in welcher für alle Sorten Düngeätze eine Erhöhung von 5 Pf. für das Kilogramm (K₂O) gefordert wurde. Für Chloralkalium, schwefelhaltiges Kali, schwefelhaltige Kalimagnesia war der Preis befestigt. Den gesetzlich-bunden Körpergehalt war gar nicht Zeit gelassen, diese Eingabe zu prüfen. Es flatterte eine zweite, unterm 1. Mai, dem Reichstag zu, die eine viel größere Preissteigerung erzielen will. Diese Eingabe will folgende Preissteigerung erzielen:

„Für die Zeit vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes dürfen die Preise für das Inland zunächst bis zum 30. Juni 1918 für Carnallit mit mindestens 9 % und weniger als	Jetzt geltender Preis
12 1/2 % K ₂ O in gemahltem Zustand	17 Pfennig
für Rohsalz mit 12 % K ₂ O in gemahltem Zustand	20
für Düngeätze mit 20—22 1/2 % K ₂ O	26
„ „ „ 30—32 1/2 % K ₂ O	27,5
„ „ „ 40—42 1/2 % K ₂ O	30,5
„ „ „ 50—60 1/2 % K ₂ O	42
„ „ „ über 60 1/2 % K ₂ O	45
„ schwefelhaltiges Kali mit über 12 1/2 % K ₂ O	48
„ schwefelhaltige Kalimagnesia	45

für 1 Prozent Kali (K₂O) im Doppelzentner nicht übersteigen.“

Man sieht eine bedeutende Ueberschätzung der Forderungen erster Eingabe und eine Preissteigerung zwischen geltendem und gefordertem Preis von 7, 8 und 9 Pf. bei den hochhaltigen Salzen

und den 4 hochgradigen Düngeätzen sogar um 10 Pf. Das sind Forderungen, die in der Kurve von 33 1/2 bis 50 vom Hundert liegen. Die Begründung macht die Lage der Kaliindustrie nicht nur grau in grau. Mit dieser Nuance trifft man den Farbton nicht. Schwarz auf tief-schwarzem Untergrund wird hier ein Bild von der Gegenwart und der nächsten Zukunft der Kaliindustrie gezeichnet.

Der äußere Grund, den jedermann, der sich die Entwicklung der Kaliindustrie ein zahlenmäßig ansieht, als Grund des Verfalls zu bezeichnen geneigt ist, die ungeheuren Wertsteigerungen, wird als Ursache des Niedergangs nicht bezeichnet. Und doch muß man hier eine Ursachenquelle e. . . . Man bedenke: im Jahre 1898 9 Werke, die den in- und ausländischen Bedarf deckten, im Jahre 1910 68 Werke, so daß ein gesetzliches Vorgehen in die Wege geleitet wurde, das Verschleuderung und Uebergewinnung verbunden sollte. Heute sind 141 im Betrieb. Rechnet man die im Entstehen begriffenen hinzu, so kommt man auf 207 Kaliwerke. Trotz Preissteigerung muß eine solche kolossale Vermehrung die Kapitalprofite vermindern, bis zu einem gewissen Grade unmöglich machen. Das Kaligesetz stellt den Grundstock der Belegschaftsziffer auf. Das heißt, kein Werk kann über die zugeständene Menge fördern. Die Anlage, Kosten, Kosten für Inbetriebsetzung, Abgaben, kurzum, die allgemeinen Unkosten, mit Ausnahme der Arbeiterlöhne würden bei einer ungehemmten Förderung nicht geringer sein, die Ausbeute natürlich ungleich höher, vorausgesetzt, daß die Mehrung der Werke in vernünftigem Rahmen sich gehalten hätte.

Merkwürdigerweise behauptet die Mehrzahl der Kaliindustriellen, die Entwicklung sei gesund, ja sie sei für die Zukunft die innere Rettung. Ohne die Dezentralisation in der Kaliindustrie, will sagen Verteilung der vielen Werke auf die verschiedenen Gaue Deutschlands, würde der Kalibedarf der Landwirtschaft auch nicht enserviert gedeckt worden sein. Geringerer Absatz würde ein schlechteres Ergebnis der Ernten zur Folge gehabt haben. Dagegen wird man festhalten können, daß eine geringere Anzahl Werke ein größeres Förderanteil gehabt hätte. Infolgedessen war eine lohnende Ausnutzung der Anlagen möglich.

Eine Reihe von Gründen werden angeführt, deren Richtigkeit anerkannt werden muß. Für den Auslandsabsatz galt Freiheit des Verkaufs. Der Absatz nach dem Auslande war:

	1913	113,3 Mill. Mark	—	Mill. Mark
	1914	84,7	28,6	„
	1915	19	94,3	„
	1916	27	86,3	„
1. Vierteljahr 1917	—	—	20	„
Zusammen 229,2 Mill. Mark				

Die beschlossenen Preissteigerungen trafen nach der Eingabe nicht voll beim Jahresumlauf in Erscheinung. An 50 000 Doppelzentner mußten 1916 zu niedrigeren Preisen abgesetzt werden, weil die Absatzläufe vor der Preissteigerung erfolgten. Der Absatz wurde dann im Inlande durch folgende Gründe gehindert. Geringere Düngeätze: Bei den ungeheuren Preisen, die die Landwirtschaft erzielt, kann der Bauer denken, was mit ohne allzu hohen Aufwand an Geld und Arbeitsleistung nicht zuwächst, verkaufe ich nicht. Zweite Ursache an Arbeitskräften auf dem Lande. Eine weitere Verhinderung flotten Absatzes veranlaßte der Mangel an Waggons, der Kohlenmangel im letzten Vierteljahr 1916 hemmte weiter Ertrag und Absatz. Dieser Mangel an Kohlen geht auch in das neue Betriebsjahr mit hinein.

Nach der Eingabe hat dieses die Lage erst recht trübselig gestaltet. Hinzu wird gerechnet eine Verschlechterung wichtiger Betriebsmittel. Bei den Sprengstoffen wird die Verschlechterung einem Gebverlust von 1 000 000 Mk. gleichgesetzt. Ebenso soll der verminderte Nutzungswert der Kohle eine nennenswerte Mehrausgabe gezeitigt haben. So wird für Mehrausgaben für Kohlen, Kohlenverschlechterung, Sprengstoffe und deren Verschlechterung, Verteuerung anderer Bedarfsartikel, Vorbereitungsarbeiten, Mehrabschreibungen auf ein Jahr insgesamt eine Summe von 3 481 600 000 Mark in Aussicht gebracht. Für weiter zu gewährenden Lohnerhöhungen sollen 7 500 000 Mark hinzutreten. Wenn die Kalipreissteigerung von nur 5 Pfennig pro Kilogramm bewilligt werden sollte, so würde das bei einem Inlandsabsatz von 7 1/2 Millionen Doppelzentner nur eine Mehreinnahme von 3 750 000 000 Mark ausmachen. Diese Summe bliebe hinter dem Anschlag für Mehrausgaben um 4 816 000 000 Mark zurück. Inzwischen ist die Nachricht von einer abermaligen Kohlenpreissteigerung von 2 Mk. für die Tonne bekannt geworden, woraus das Kalisyndikat auf eine neue Verschiebung seiner Berechnungen schließt.

Die Vorstände der Verbände der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Maschinenisten und Heizer, Gewerkschaften und christlichen Arbeiter pflogen Verhandlungen mit dem Kalisyndikat mit dem Ziel, eine andere Berechnungsgrundlage für die Erreichung des Durchschnittslohnes innerhalb der Klasse zu errechnen, eine Erhöhung des Durchschnittslohnes und eine Teuerungszulage außerhalb des Durchschnittslohnes. Weder in bezug auf die Berechnungsgrundlage, noch über die Erhöhung der Zulagen ist eine Verständigung erreicht worden. An die gewährten Zulagen will

pllosion erfolgte beim Füllen von Patronenfüllen. Die Räume, in denen diese Arbeiten vorgenommen wurden, sollen den Anforderungen, die man an solche Arbeitsräume stellen muß, in keiner Weise entsprechen haben.

Am 30. April, nachmittags 2 Uhr, fand auf der Zündhütchenfabrik in Troisdorf eine Explosion statt, bei der leider 30 Arbeiterinnen tödlich und eben soviel leicht verletzt wurden. Ueber die Ursache des Unglücksfalls ist nichts bekannt. Im Betriebe wird Akkordarbeit verrichtet, und wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß die hastete Arbeit die Schuld an dem Unglück trägt.

Sie spinnen Seide.

Die Vereinigten Glasstofffabriken Elberfeld nämlich. Und zwar im zweifachen Sinne des Wortes. Einmal wird in dem Unternehmen tatsächlich Seide erzeugt, wenn auch nur Kunstseide, zum andern ist dieses Geschäft so einträglich, daß die Aktionäre auch im übertragenen Sinne des Wortes Seide spinnen, nämlich hohe Dividenden einstreifen.

Der Bruttogewinn der Gesellschaft ist von 8,9 auf 11,8 Millionen Mark, der Reingewinn von 3,8 auf rund 5 Millionen Mark gestiegen. Die Reserven stiegen von 533 087 auf 564 449 Mk., der ordentlichen Reserve wurden 760 000 Mk., einer Kriegsrücklage eine Million Mark überwiesen.

Beniger beneidenswert sind die Aktionäre der Vereinigten Kunstseidefabriken in Kellertbach a. M. Dieses Unternehmen machte kurz nach seiner Gründung glänzende Geschäfte, zahlte einige Jahre bis zu 35 Prozent Dividende, ging aber dann davor zurück, weil in Konkurrenz betrieben (vor allem in Elberfeld) nach neueren Verfahren besser und billiger erzeugt wurde.

Wie chemische Großunternehmer Gesetze achten. Neuorientierung und Burgfrieden. „Ich möchte aus dem Verbands austreten!“ „Warum willst du austreten?“ „Die Firma Merck sagt, ich soll austreten und eine Bescheinigung bringen, daß ich ausgestreitet sei.“

Ob sich in diesem Falle die maßgebenden Beschüher des Gesetzes finden werden, um auch die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren, wollen wir abwarten. Wir erinnern uns, wie in letzter Zeit in allen Zeitungen die Arbeiterschaft, die sich infolge der jetzigen Hungertat zu Streiks hinreißen ließen, Vaterlandsverräter genannt wurden.

Arbeiterausschuhwahl im höchsten Farbwerk. In der dritten Aprilwoche fand in den höchsten Farbwerken an drei Tagen die Wahl des Arbeiter-Ausschusses statt. Es waren zwei Listen vorgeschlagen. Die Liste I von einer Gruppe von Arbeitern, die sich wohl bei der Direktion angenehm bemerkbar machen wollte und auch wohl von interessierter Seite dazu angehalten worden war, und die Liste 2 von unserm Verband gemeinsam mit den Verbänden der Metallarbeiter und Kupfer. Das Wahlergebnis ist für uns recht erfreulich.

für die Liste der „Zufriedenen“ ganze 63 Stimmen. Aus dem Ergebnis kann die Direktion beurteilen, wie die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist. Den Arbeitern und Arbeiterinnen, die in fast einstimmiger Weise den Gewerkschaften ihr Vertrauen ausgedrückt haben, kann nur geraten werden: Bleib auch die Folgerungen und schließlich auch noch mehr als bisher den Verbänden an; erst dann können eure Interessen nachdrücklich vertreten werden.

Die Wirkungen des Krieges auf die Krankenkasse der B. H. S. F. in Ludwigshafen.

Der Krankenkassenbericht der Anilinfabrik für 1916 veranlaßt uns zu einem Vergleich mit denen der früheren Jahre. Dabei ergibt sich, daß die Krankenziffer und die Zahl der Krankentage im Verhältnis zu den Versicherten und zu den Erkrankten und auch die Zahl der Sterbefälle gestiegen ist. Daraus kann man schließen, daß die Arbeitslast und schließlich auch die Ernährungsweise während des Krieges die Gesundheit der Arbeiter in höherem Maße gefährdet, als dies in Friedenszeiten der Fall war.

1915 zählte die Kasse 7053 Mitglieder, davon 142 weibliche. Es erkrankten im Laufe des Jahres 4025, davon 38 weibliche. An Krankentagen wurden 79 412 gemeldet, davon 812 von weiblichen Mitgliedern und 68 Sterbefälle. Auf 100 Versicherte entfielen 57,03 Erkrankte (bei Männern 57,69, bei Frauen 26,76).

Das Jahr 1916 zeigt ähnliche Verhältnisse. Es stieg jedoch die Zahl der Erkrankungen bei Arbeiterinnen, dagegen gingen aber die auf den einzelnen Erkrankungsfall zählenden Krankentage zurück. Auch minderten sich die Sterbefälle. Die Zahl der Mitglieder betrug 1916 8867, darunter 557 weibliche. Es erkrankten im Laufe des Jahres 4942, davon 263 weibliche. An Krankentagen wurden 97 639 gemeldet, davon 4146 von weiblichen Mitgliedern und 55 Sterbefälle, darunter drei Frauen.

Keramische Industrie

Wünsche und Forderungen der Ziegeleibesitzer.

Aus den Kreisen der Ziegeleibesitzer ist schon wiederholt eine Besteuerung der Erzeugnisse der Ziegelindustrie gefordert worden. Allerdings nicht, um dem Staate Gelder zuzuführen, sondern um den Unternehmern den Konkurrenzkampf und damit zugleich die Steigerung der Profite zu erleichtern. Mit der Besteuerung der Ziegel sollten nämlich die Unternehmer vom Reiche zur Organisation gezwungen und zur Innehaltung bestimmter Mindestpreise verpflichtet werden.

Solche Bestrebungen sind in der Ziegelindustrie nicht erst in der Kriegszeit hervorgetreten. Schon bald, nachdem sich gezeigt hatte, wie „segenreich“ die im Jahre 1909 beschlossene Zündholzsteuer für die Zündholzfabrikanten wurde, erhoben sich Stimmen aus den Kreisen der Ziegeleibesitzer für eine ähnliche Steuer auf Ziegel usw.

Die Frage ruhte dann einige Jahre, wurde aber bald nach Kriegsausbruch erneut aufgeworfen. Vor allem, als die Regierung nicht nur die Ziegeleibesitzer zu einer Einigung zwang, sondern auch die Zementfabrikanten gegen Neugründungen sicherte und in Organisationen zusammenführte.

Der Vorstand des Verbandes der Tonindustriellen nahm daraufhin von seiner Forderung nach einer Ziegelsteuer Abstand. Wohl aber verlangte er in einer Eingabe an die Regierung ein Verbot der Neugründung von Ziegeleien. Auch die Einführung von Zwangssyndikaten, wie sie ähnlich in der Zementindustrie unter den Eingriffen der Regierung zustande kamen, wird verlangt.

Diese Einmütigkeit kann nicht wundernehmen. Denn die gesetzliche Einschränkung der Konkurrenz sichert den Unternehmern eine Stellung, die zu willkürlicher Preisbildung, soll heißen zu übermäßigen Preissteigerungen, geradezu herausfordert. Die Zementfabrikanten haben die gesetzliche Hilfe, die ihnen geworden ist, sofort zu einem erheblichen Preisausschlag benutzt — die Ziegeleibesitzer würden sicherlich daselbe tun.

Die gegenwärtige Lage der Ziegelindustrie ist fraglos sehr schlecht. Zahlreiche Unternehmer haben ihre Betriebe schließen oder doch erheblich einschränken müssen. Die Betriebsergebnisse sind nur in einzelnen Fällen günstig, in vielen andern findet der Unternehmer kaum sein Auskommen. Aber diese unsehbare unangünstige Lage hat ihre Ursache nicht in schlechten Preisen, sondern in dem Rückgang der Erzeugung. Die Preise der Ziegel sind heute durchweg so, daß ein halbwegs voll beschäftigter Unternehmer

sehr gute Gewinne erzielen kann. Wenn aber ein Wert nur ein Viertel oder gar nur ein Zehntel seiner Leistungsfähigkeit ausnutzen kann, so ist natürlich selbst bei an sich sehr auskömmlichen Preisen der Abschluß schlecht.

Die Ziegeleibesitzer wollen nun aber, daß die Preise so weit gesteigert werden, daß alle Ziegeleibesitzer ihr Auskommen dabei finden. Nicht nur die mit verminderter Erzeugung, sondern sogar die ganz stillgelegten Werke sollen ihren oder ihre Besitzer ernähren. Die zu bildenden Zwangssyndikate sollen nämlich die Erzeugung nach Möglichkeit zusammenlegen, den stillgelegten Werken aber eine entsprechende Summe als Entschädigung bezahlen. Es sollen also zahlreiche Ziegeleibesitzer ihrer wirtschaftlichen Funktion als Unternehmer entkleidet werden, wohl aber ihr Einkommen aus ihrem Betriebe, wenn nicht ganz, so doch zu einem erheblichen Teil behalten.

Die Bescheiden sind die Ziegeleibesitzer also nicht. Sie huldigen dem Grundsatz: Fordere nur frisch drauf los, etwas wird schon abfallen. Wahrscheinlich irren sie sich nicht. Es sollen schon „Erwägungen“ angestellt sein, die zu einer teilweisen Erfüllung der Unternehmerwünsche führen können.

Im Obersdorfer Ton- und Schamottewerk ereignete sich am 25. April ein schwerer Unfall. Beim Herabnehmen eines Wasserbehälters zerbrach die Kette des Kranes. Die unglücklichweise darunter stehenden Kollegen Carl Friedrich und Heinrich Welsch wurden dabei so schwer verletzt, daß sich ihre Überführung in das Koburger Sanftkrankenhaus nötig machte, wo Kollege Friedrich leider seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Kollege Welsch liegt schwer danieder.

Papier-Industrie

Vorsicht beim Riemenauflegen!

In vielen Betrieben besteht noch immer die üble Gewohnheit, die Riemen während des Ganges des Betriebes auf die Transmission aufzulegen. Obwohl die Betriebsgenossenschaften und Gewerkschaften gegen ein derartiges hantieren Stellung nehmen, sehen manche Unternehmer diesen Leichtsinn nicht gerne, weil ihnen dadurch Betriebsverluste erspart bleiben, die durch eine, wenn auch nur vorübergehende, Betriebsstilllegung entstehen. Trotzdem sollten die Arbeiter ein Auflegen der Riemen während des Betriebes entschieden ablehnen, weil die Gefahren für Leben und Gesundheit, denen sich die Arbeiter bei dieser Arbeit aussetzen, größer sind als die durch die Abstellung des Wertes für den Unternehmer ersparenden Betriebsverluste.

In Wiedes Papierfabrik in Rosenthal wollte der 17jährige Arbeiter Johann Hart, dessen Vater als Helfer im gleichen Betriebe tätig ist, mit einem Knüttel einen Riemen auflegen. Dabei wurde der Knüttel von der Transmission erfaßt und dem jungen Buben darauf gegen den Leib geschleudert, daß er nach kurzer Zeit starb. Genau so gefährlich wie das Auflegen der Riemen während des Ganges des Betriebes, ist auch das Abwerfen derselben. In der Kesselfabrik Martonagenfabrik Gebr. Kühn in Klostermühl wollte der Arbeiter Striegler einen Riemen während des Ganges von der Transmission entfernen; er verunglückte dabei tödlich. Derartige Unfälle, deren wir aus diesem Jahre noch eine ganze Reihe anzuführen können, können nur vermieden werden, wenn die Arbeiter sich daran heften, daß diese Arbeiten nur bei stillgelegtem Betriebe oder mit dazu geeigneten Spezialvorrichtungen vorgenommen werden. Für die Ziegeleibesitzer und Betriebsleiter besteht die Pflicht, wenn sie nicht derartige Unfälle auf ihr Gewissen nehmen wollen, die Arbeiter über die Unfallfolgen aufzuklären und mit aller Strenge gegen diejenigen vorzugehen, die leichtfertigerweise das Auflegen und Abwerfen der Riemen bei vollem Betriebe betreiben.

Jahresbericht für den Gau II (Württemberg und Oberes Baden).

Bei der Fortdauer des Krieges im Jahre 1916 mit den gewaltigen Veränderungen, die er in wirtschaftlichen Leben verursacht, war eine Anpassung der Mitglieder unseres Verbandes nicht zu erwarten. Immer mehr unserer älteren Mitglieder wurden zum Heeresdienst herangezogen, so daß sich die Reihen der tätigen Kollegen immer mehr lückten. Es löst sich vielfach große Mühe, die nötigen Ersatzleute, Vereiningungsmitglieder usw. zusammenzubringen. Daß die Agitation unter diesem Zustande in erster Linie zu leisten habe, braucht nicht erst gesagt zu werden. Auch andere Mitglieder benennen die agitationsfähige Tätigkeit, so unter anderem der, daß infolge der letzten Bezahlung in dem unserm Verbands zugehörigen Zementriegelwerken die Arbeiterschaft immer mehr in die Mühsalsschere — vorwiegend Metallindustrie — hineinverdrängt. Infolge Mangel an Rohstoffen mußten andere Betriebe die Arbeitszeit verkürzen, was zu der gleichen Erscheinung führte. Unter diesen Umständen hatte besonders auch unsere Zahlreiche Marschbezüge zu leiden, die schon dadurch sehr benachteiligt war, daß ihre Mitglieder weit zerstreut waren und nur durch Wechsel der Arbeitsstätten noch mehr verstreut wurden. Ein weiteres Sinken der Mitgliederzahl ist deshalb zu verzeichnen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Jahre 1915 nach 3150, im Berichtsjahre 1916 nur 2829, somit 321 weniger. Die Zugänge betragen: Neuaufnahmen 332, zugereist 12, vom Militär zurückgemeldet 112, zusammen 456. Abgänge: Ausgeschiedene und gestorbenen 232, abgereist 42, übergetreten 7, zum Heere eingezogen 551 (die Differenz von 45 rührt von ungenauen Angaben der Zahlstellen her).

Heeresdienst machten es immer schwieriger, in einer Reihe von Zahlstellen auch nur die laufenden Arbeiten erledigen zu können. So daß agitorisch nur durch die Gasleitung gewirkt werden konnte.

Zwei Quartale zeigten in dieser Beziehung nur ganz geringe Resultate: 103 Ausnahmen, die sich auf neun Zahlstellen verteilten; das zweite Halbjahr war dann etwas besser; es wurden 229 Mitglieder aufgenommen, die sich auf acht bzw. sieben Zahlstellen verteilten.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Der Vorstand hat die Lokalfolgen dem Jahresabschluss 20 326 M. gegenüber 17,590 M. Ende 1916; somit ein Mehr von 2736 M.

Um die steigende Deurng in etwas wenigstens auszugleichen, ist versucht worden, überall dort, wo unsere Mitglieder noch einen nennenswerten Einfluß besaßen, eine Besserung der Löhne anzustreben.

Am 12. März wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, an der 20 Mitglieder und 30 Betriebsvereinigungen teilnahmen. Die Verhandlungen über den Lohnstreik dauerten bis in den Abend.

Die Zahl der Maßnahmen im ersten Quartal betrug 215, das ist eine Zunahme mehr als in dem ganzen Jahre 1916. Unsere Mitgliederzahl ist von 1857 am Schlusse des Jahres auf 1573 gestiegen.

Der Vorstand hat die Lokalfolgen dem Jahresabschluss 20 326 M. gegenüber 17,590 M. Ende 1916; somit ein Mehr von 2736 M.

Die Zahl der Maßnahmen im ersten Quartal betrug 215, das ist eine Zunahme mehr als in dem ganzen Jahre 1916. Unsere Mitgliederzahl ist von 1857 am Schlusse des Jahres auf 1573 gestiegen.

meldebare sich zum Militär ab, es traten zu andern Verbänden über zwei Mitglieder. Am Schlusse des Quartals waren 1044 männliche und 534 weibliche, zusammen 1578 Mitglieder, vorhanden.

Kollege Adler berichtet über die Lohnbewegungen seit Jahresbeginn. Das Hilfsdienstgesetz gab uns einen kleinen Mut zur Verbesserung ihrer Lage.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Mit den Lohn- und Ernährungsfragen der Röhmer Munitionsarbeiter beschäftigte sich am Sonntag, dem 29. April, im Volkshaufe eine stark besuchte Versammlung.

Die Hauptversammlung des Arbeiterverbandes betont, daß hinsichtlich der Entlohnung der Arbeiterschaft die gesetzlichen Löhne nicht mehr ausreichen, alle Unterhaltungsbedürfnisse zu decken.

Zur Lebensmittelfrage bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß unter der Arbeiterschaft in der Sprengstoffindustrie eine große Mißbilligung Platz gegriffen hat, die besonders durch die einseitige und ungewerbliche Verteilung hervorgerufen wird.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Rundschaun.

„Zammerbriefe.“

Die IK. schreibt: Von besonderer Seite erhalten wir nachfolgenden sehr beherzigenswerten Appell:

„Die Militärbehörde hat den Beweis erhalten, daß trotz aller Warnungen immer noch wertvolle militärische, politische und wirtschaftliche Nachrichten durch den Briefwechsel mit den Kriegsgefangenen zur Kenntnis der Feinde gelangen.“

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Die Leistungen an die Mitglieder im Juli waren ganz bedeutende. Einer Einnahme von 113,544 M. (Eintrittsgelder 166,50 M., Beiträge 42,902,80 M., sonstige Einnahmen 1289,11 M.) stehen folgende Ausgaben gegenüber: Erwerbslosenunterstützung 22,488,32 M., Unfallgeld 164 M., Sterbegeld 3043 M., Podologenerhaltung 11,975 M., usw.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Mai 1917 an gingen bei der Hauptkassa folgende Beiträge ein:

Goslar 160.—, Straßhund 139,40, Wallhausen 21,37, Rodach 11,69, Reutlingen 6,42, Dresden 7,—, Burg a. Schmarn 17,14, Jech 150.—, VENDOR 24,98, Leimathe 15,32, Sursbach i. Th. 21,49, Rühlhausen 8,10, Köln a. Rh. 2,60, P. 3,25, P. 1,63, Meißner 10,—, Mietradung 7,91, K. 3.—, Pl. Grund 411,26, Mothenburg ob der Tauber 40,61, München 2,—.

Schluß: Montag, den 7. Mai, mittags 12 Uhr.

H. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1917 haben eingekandt: Hamburg, Straßhund, Straubing, Reutlingen, Wallhausen, Burg a. Schmarn, Schwann, Göditz a. M., Königsberg, Neustadt a. d. Riß, Rauhach, Sursbach, Rühlhausen, Rodach, Mietradung, Neufahrn, Goslar.

Munitionsarbeiter und Arbeiterinnen

sucht bei freier Reise

Chemische Fabrik Griesheim-Elektron. Neubrunn aus Thüringen und angrenzenden Gebieten sind zu richten an Städtischen Arbeitsnachweis Weimar.

Berichte aus den Zahlstellen.

Harburg. In der am 21. April 1917 abgehaltenen Mitgliederversammlung gab Kollege Adler die Abrechnung vom ersten Quartal 1917. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug 248,30 M.